



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
08.09.2015

Das Flüchtlingsdesaster auf Bundes- und europäischer Ebene stoppen – München wirbt für „Grenzen dicht!“

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Die Landeshauptstadt München setzt sich im Rahmen des Deutschen Städtetages und anderer geeigneter Gremien für eine politische Antwort auf die aktuelle Massenzuwanderung nach Deutschland ein, deren Kernpunkte

- ein strikteres nationales wie europäisches Grenzregime sowie
- die möglichst rasche und möglichst umfassende Rückführung vorgeblicher „Flüchtlinge“ in ihre Herkunftsländer oder in sichere Drittstaaten sind, aus denen sie nach Deutschland eingereist sind (und mit zunehmender Tendenz weiter einreisen).

Begründung:

Entgegen einem von den Medien verbreiteten Eindruck stehen viele Münchnerinnen und Münchner dem anhaltenden Massenzustrom vorgeblicher „Flüchtlinge“ skeptisch gegenüber und machen sich über die mit der Massenzuwanderung einhergehenden Folgen keine Illusionen. Im jüngsten B2-„Tagesgespräch“ am gestrigen Montag, das unter dem Motto „Immer mehr Flüchtlinge: Schaffen wir das?“ stand, äußerten sich rund 80 Prozent der Anrufer in einem eher verneinenden, ablehnenden Sinne, bekundeten u.a. Kriegsängste und beklagten sich über eine häufig zu beobachtende Anspruchshaltung vieler „Flüchtlinge“. Solche Momentaufnahmen lassen erkennen, daß eine – möglicherweise breite – Mehrheit der Bürger die von Medien und Politik verbreitete „Willkommens“-Euphorie keineswegs zu teilen vermag und die Situation im Gegensatz zu Politikern und Journalisten realistisch einschätzt.

Bezeichnend ist auch, daß nachvollziehbare und berechtigte Kritik an der ausufernden Gastfreundschaft der deutschen Zuzugspolitik, die zwangsläufig eine Sogwirkung auf immer neue Zuwanderermassen in aller Welt ausübt, vor allem in

b.w.

unmittelbar betroffenen europäischen Partnerländern geäußert wird. So kritisierte die ungarische Regierung die Bundesrepublik für ihre Flüchtlingspolitik in jüngster Zeit wiederholt scharf. Budapest wirft Berlin vor, mit der Aussetzung des sogenannten Dublin-Verfahrens für Syrer den Flüchtlingen die Reise nach Europa schmackhaft zu machen. Der ungarische Präsident Orbán rief angesichts der aktuellen Wanderungslawine Österreich und Deutschland auf, die Grenzen zu schließen. Beide Länder sollten „klar sagen“, daß keine weiteren Flüchtlinge mehr aufgenommen werden, ansonsten würden weiterhin „mehrere Millionen“ Menschen nach Europa kommen. Völlig zurecht kritisiert der ungarische Regierungschef darüber hinaus, daß die Einreise in die EU ohne Papiere nicht den geltenden Regeln entspricht. Ein Großteil der Zuwanderer seien zudem Wirtschaftsflüchtlinge.

Im übrigen sei er gegen eine „Änderung der kulturellen und ethnischen Zusammensetzung der Bewohner Ungarns“ aufgrund äußerer Einwirkungen. „Niemand kann verlangen, dass Ungarn sich ändert“, sagte Orbán (wiedergegeben nach: <http://www.fnp.de/nachrichten/politik/tagesthema/Orban-Niemand-kann-verlangen-dass-Ungarn-sich-aendert-rdquo;art46567,1576619>; aufgerufen: 08.09.2015, 01.04 Uhr; KR).

Es spricht für das Maß an Realitätsblindheit, von dem die bundesdeutsche Zuwanderungspolitik durchdrungen ist, daß sie sich naheliegenden Bedenken wie denen des ungarischen Regierungschefs hartnäckig verschließt und zudem den weiteren Massenzug vorgeblicher „Flüchtlinge“ in die Bundesrepublik geradezu feiert und durch eine ausufernde „Willkommenskultur“ noch forciert.

Hier ist es angesichts weiterer sich abzeichnender Zuwandererwellen höchste Zeit für einen drastischen Kurswechsel. Er kann naturgemäß nur darauf abzielen, daß die „Flüchtlings“politik der Bundesrepublik endlich wieder zu den vom Dublin-Abkommen vorgegebenen Standards zurückkehrt und überdies verstärkt auf eine zeitnahe Abschiebung abgelehnter Asylbewerber setzt.

Für diesen Kurswechsel, der von der überwältigenden Mehrheit der einheimischen Bevölkerung wärmstens begrüßt würde, gilt es in den zuständigen Gremien der Bundes- und Europapolitik zu werben. Was die bayerische Landeshauptstadt angeht, könnte sie ihr Gewicht etwa im Deutschen Städtetag in die Waagschale werfen und fände damit bei den von der anhaltenden Massenzuwanderung strapazierten Kommunen zweifelsohne Zustimmung.

Vor allem aber ist es die Münchner Stadtpolitik der Zukunft ihrer Bürgerinnen und Bürger schuldig, sich gerade jetzt für die längst fällige Kurswende in der deutschen „Flüchtlings“politik stark zu machen. Was dem ungarischen Präsidenten Viktor Orbán recht ist, kann den Münchner Stadtpolitikern nur billig sein, und eines der zentralen Argumente des Budapester Regierungschefs sollte sich die Münchner Stadtpolitik im Interesse einer lebenswerten Zukunft lieber heute als morgen zueigen machen: eine „Änderung der kulturellen und ethnischen Zusammensetzung der Bewohner“ unserer Stadt kann in niemandes Interesse sein, der es mit München und seinen Menschen gut meint.



Karl Richter, Stadtrat